



Ausgabe Nr. 6
Februar 2011



FREIE WÄHLER

Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswolde, arno.ulrichs@ewetel.net

Eine Homepage für jede Wählergemeinschaft FREIE WÄHLER bieten leichte Lösung an

Mit Beginn des neuen Jahres hat der Landesverband der **FREIEN WÄHLER** Niedersachsen seinen Internetauftritt überarbeitet. Darüber hinaus bietet der Landesverband den angeschlossenen Wählergemeinschaften einen relativ einfach zu handhabenden Webauftritt an.

Dabei steht ein einheitliches Erscheinungsbild im Vordergrund. Das Layout und der strukturelle Aufbau der Seiten sind grundlegend gleich.

Die Inhalte gestalten die Wählergemeinschaften maßgeschneidert auf ihre örtlichen Belange.

Für die Einrichtung einer Website ist eine einmalige Einrichtungsgebühr von 25,- EURO zu zahlen. Die Registrierung einer zusätzlichen Domain kostet 9,90 EURO jährlich, eine Weiterleitung einer bereits bestehenden Domain ist für die Wählergemeinschaften kostenlos. Ein Workshop zum Umgang mit der Website ist beabsichtigt. Näheres dazu erfolgt zeitgerecht.



Bisher nutzen die Wählergemeinschaften aus Oldenburg, Ganderkesee und Pattensen die Möglichkeit. Einen Vergleich, wie ein einheitlicher Auftritt dennoch ganz unterschiedlich gestaltet sein kann, kann man auf den Websites der genannten Wählergemeinschaften erleben.

Dazu hier die einzelnen Links:

www.freie-waehler-oldenburg.de

www.fw-ganderkesee.de

www.fw-pattensen.de

Die Wählergemeinschaft FREIE WÄHLER – UWG Ganderkesee hat ihren Webauftritt bereits seit 2 Jahren dem Auftritt des Landesverbandes angepasst. „Wir haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Der einheitliche Auftritt sorgt für ein gewisses Maß an Corporate Identity und wir haben sehr gute Kritiken erhalten“, so Vorsitzender Arnold Hansen.

Die FREIEN WÄHLER Pattensen nutzen seit 2 Wochen die neue Website. Einen ersten Erfahrungsbericht dazu von Werner Fischer, Vorsitzender und Web-Beauftragter in Pattensen:



„Die Internetseite ist nach einer kurzen Einarbeitungsphase schnell mit Inhalten gefüllt. Das Einfügen von Inhalten gestaltet sich relativ einfach und auch Laien finden sich schnell in den Möglichkeiten zurecht. Der erste Beitrag konnte ohne große Schwierigkeiten von mir online gestellt werden. Das Gute an dieser Version der Internetgestaltung ist, dass man egal wo man sich befindet an der Internetseite arbeiten kann. Meiner Auffassung nach wird sich jeder, der sich damit beschäftigt, feststellen, dass man kaum ein besseres System finden kann. Jeder der damit arbeitet wird schnell die Vorzüge daran erkennen. Von mir gibt es daher eine 1+ für die Einfachheit der Internetseitengestaltung“.

Wer Interesse an dem Angebot eines Internetauftritts hat, oder weitergehende Informationen wünscht, wendet sich bitte an **Arnold Hansen** unter **0 42 22 - 61 77** oder per Mail arnoldhansen@fw-niedersachsen.de

Junge FREIE WÄHLER Wilhelmshaven gegründet

Nach intensiven Vorbereitungen im letzten Halbjahr 2010 war es im Dezember dann soweit. Die jungen FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven konnten gegründet werden. Die zurzeit aus 10 Jugendlichen bestehende Vereinigung ist bereits im Jugendparlament der Stadt Wilhelmshaven sowie im Stadtelternrat vertreten. Ziel der jungen FREIEN WÄHLER ist es, junge Menschen zu motivieren, zu interessieren und sich für die Belange und Interessen junger Menschen einzusetzen. Der Vorstand der jungen FREIEN WÄHLER ist bei den Vorstandssitzungen der FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven vertreten, so dass die Kommunikation, insbesondere aber auch die Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll abgestimmt und ergänzt werden kann. Informationen bei Frank Uwe Walpurgis - frank.uwe.walpurgis@fw-whv.de

Dioxin - Freie Wähler fordern hartes Durchgreifen

FREIE WÄHLER Niedersachsen kritisieren Versagen staatlicher Stellen

In Zusammenhang mit der offensichtlich absichtlichen Beimischung dioxinverseuchter Futtermittelkomponenten werfen die FREIEN WÄHLER den staatlichen Stellen Versagen vor: „Es ist nicht entschuldigbar, wenn sich staatliche Kontrolleure darauf verlassen, dass sich die Betriebe selbst kontrollieren und die Möglichkeit haben, über ein knappes Jahr überhöhte Testergebnisse zu verschweigen. Betrüger haben damit leichtes Spiel. Staatliche Kontrolleure müssen die Proben in engeren Zeitabständen selbst ziehen und untersuchen lassen.“

Die stellvertretende Landesvorsitzende der FREIEN WÄHLER Niedersachsen Renate Bitz sieht „aufgrund des Versagens staatlicher Stellen den Staat in der Pflicht die geschädigten Landwirte zu entschädigen, sofern die Eigenmittel der Futtermittelpanscher nicht ausreichen. Frau Aigner muss das Versteckspiel sofort beenden. Es kann nicht sein, dass Landwirte und Verbraucher in trauriger Regelmäßigkeit von Betrügern ruiniert und vergiftet werden und der Staat schaut Schulter zuckend zu. Als erstes müssen die Verantwortlichen Panscher sofort festgenommen und mit einem lebenslangen Tätigkeitsverbot in der Lebensmittelbranche belegt werden. Ihr Eigentum muss zur Abdeckung der Schäden herangezogen werden. Weiterhin muss der Staat die Kontrollen der gefütterten Tierbestände organisieren und bezahlen, nicht die Landwirte. Und schließlich brauchen wir einen Politikwechsel in der Landwirtschaft und Ernährungsbranche. Bäuerliche und mittelständische Betriebe müssen gezielt erhalten werden, der Wechsel hin zur Agrarindustrie ist in vielen Fällen Ursache von großangelegten Lebensmittelskandalen. Der kleine Dorfmetzger wurde zu Tode reglementiert, die großen Betrüger werden immer mächtiger.“

"Früher hat man Brunnenvergifter aufgehängt - heute werden diese aus politischen Gründen geschützt und subventioniert!" findet der Vorsitzende der Freien Wähler Arno Ulrichs deutliche Worte.

CDU und FDP haben gerade vor dem Dioxinskandal eine bessere Kennzeichnungspflicht für Nahrungsmittel blockiert. "Wir wollen wissen, was in unser Essen gemischt wird!" Insbesondere das niedersächsische Verbraucherschutzministerium habe beim Dioxin-Skandal versagt. Hier seien Ministerpräsident McAllister und der designierte Landwirtschaftsminister Lindemann gefordert, die Kontrollmechanismen deutlich zu verbessern.

Die Freien Wähler wollen die Überwachung der Nahrungsmittel und die Ermittlungen bei Verstößen einheitlich auf Bundesebene übertragen, da "die derzeitigen Ermittlungen im Kompetenzwirrwah" behindert werden.

Der sich ausweitende Dioxinskandal zeigt, dass es endlich mehr Verbraucherschutz vorab geben muss und nicht erst ein bemühtes Hinterherermitteln, wenn das Gift bereits von uns Bürgern gegessen wurde.



FREIE WÄHLER Niedersachsen

Pressemitteilung vom 18.01.2011

Ärzteversorgung:

Die ärztliche Versorgung in den ländlichen Regionen soll gesichert werden

Diesem Ziel dient das niedersächsische Modellprojekt „Zukunftsregionen Gesundheit“. Im Rahmen dieser Initiative wird in drei Modelllandkreisen (Emsland, Soltau-Fallingb., Wolfenbüttel) ein zukunftsfähiges Konzept für die ländlichen Regionen entwickelt. Das Projekt wird von der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen und der AOK Niedersachsen finanziert und läuft drei Jahre. Damit wird u.a. einer langjährigen Forderung des NSGB nachgekommen, angesichts des Hausärztemangels durch ein konzertiertes Vorgehen der verantwortlichen Akteure auch in den ländlichen Regionen die ärztliche Versorgung zu sichern. (aus dem Ratsbrief des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vom 6.12.2010)

Breitband-Versorgung:

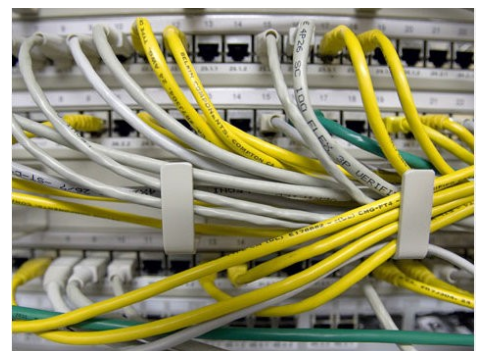
Neues Funknetz bringt Internet auf Trab

Das neue LTE-Funknetz wird in den kommenden Monaten schnelles Internet in viele Kommunen bringen. Der Steuerzahlerbund fordert von den Kommunen, die neue Technik zu testen. Experten verweisen jedoch darauf, dass die Funktechnik immer nur die zweitbeste Lösung ist - ein Glasfaserkabel ermöglicht höhere Downloadraten.

Drei Mobilfunkunternehmen - Telekom, O2 und Vodafone - haben 2010 für viel Geld neue Lizenzen vom Bund ersteigert. Damit haben sie sich zugleich verpflichtet, in unterversorgten Regionen ein LTE-Funknetz aufzubauen, das höhere Download-Raten ermöglicht. Telekom und Vodafone sind seit Jahresbeginn dabei, dies auch im Norden zu tun. Die Telekom plant gar, in diesem Jahr alle unterversorgten Kommunen in Schleswig-Holstein anzuschließen.

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das schnelle Funk-Internet (LTE) für den ländlichen Raum drahtlose Mikrofone stören kann. Nach Schätzungen der Anbieter sind bundesweit derzeit ca. 630.000 Geräte für drahtlose Mikrofonanwendungen im Einsatz. Störungen in diesem Bereich werden bei der Inbetriebnahme der ersten Teile des LTE-Netzes erwartet.

Zum Themenfeld „Störproblematik LTE“ ist eine Arbeitsgruppe der Lizenznehmer des LTE und der kommunalen Spitzenverbände gebildet worden. Zielsetzung ist, anhand von Testreihen der Mobilfunkunternehmen die potenziellen Störszenarien darzustellen und Abhilfeoptionen aufzuzeigen. Diese Untersuchungen können auch Entschädigungsfragen klären, die bereits im Umfeld der Frequenzversteigerungen durch den Bund diskutiert wurden.





Finanzierung von Gemeindestraßen dauerhaft sichern

Städte- und Gemeindebund: Fördermittel nicht kürzen

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) fordert Bund und Länder auf, dauerhaft eine ausreichende Finanzierung der kommunalen Straßen und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu sichern. Eine Kürzung der Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur lehnt der Städte- und Gemeindebund entschieden ab.

Nach Auffassung des NSGB hat die Mobilität in Niedersachsen – als einem „Flächenland“ – einen sehr hohen Stellenwert für die Bürgerinnen und Bürger. Die Städte und Gemeinden bemühen sich nach Kräften, ihre eigenen Straßen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Die finanziellen Mittel sind jedoch nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen. Viele Gemeinde-, aber auch Kreis- und Landesstraßen weisen einen katastrophalen Zustand auf, der dringend der Abhilfe bedarf.

„Bund und Länder sind deshalb aufgefordert, zur Sicherung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Städten und Gemeinden über 2013 und 2019 hinaus dauerhaft hinreichende Finanzmittel bereitzustellen“, erklärte der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Rainer Timmermann.

Dazu sei es notwendig, dass die Länder die entsprechenden Finanzmittel gesetzlich fixieren (z.B. in Niedersachsen durch ein eigenes Verkehrsfinanzierungsgesetz) und verbindlich für eine Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur festschreiben. Dies gelte insbesondere für die Mittel in Höhe von jährlich rund 1,3 Mrd. Euro, die als so genannte Entflechtungsmittel vom Bund an die Länder fließen. Auf diese Weise würde auch vorgebeugt, dass der Bund diese Mittel kürzt, weil nur eine Zweckbindung in den Ländern den Bedarf und die sichere Verwendung der Bundesmittel für Verkehrszwecke glaubhaft belegt.

Nach wie vor ist der Erneuerungs-, Ausbau- und vor allem der Erhaltungsbedarf im Bereich des kommunalen Straßenbaus und des Öffentlichen Personennahverkehrs hoch. Allein im vergangenen Winter sind Straßenschäden in einer Höhe von etwa 2,3 Mrd. Euro entstanden. Und die Folgen des gegenwärtigen strengen Winters sind noch nicht abzusehen. Bereits heute ist die kommunale Verkehrsinfrastruktur unterfinanziert. „Ohne ein gut ausgebautes Netz an Straßen, Bussen und Bahnen können die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen nicht befriedigt werden. Hier dürfen Bund und Länder die Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen“, so Rainer Timmermann

Pressemitteilung vom 11.01.2011

Das Beispiel Dorfladen Gottwollshausen - Gailenkirchen eG: Dorfläden versorgen unsere Dörfer !

„Lebensqualität durch Nähe.“ Die großen Handelsketten ziehen sich aus der Fläche zurück, auch kleine Läden und Dienstleistungsbetriebe schließen. Eine Entwicklung, die in der dörflichen Idylle Spuren hinterlässt.

Statt wie früher zum Laden um die Ecke zu gehen, der auch als Kommunikationszentrum für das tägliche Gespräch der Einwohner miteinander diente, bleibt jetzt nur noch die mühevoll und inzwischen teure Fahrt zum weit entfernten Supermarkt.

Es geht auch anders. Dies zeigen die Einwohnerinnen und Einwohner von Gottwollshausen und Gailenkirchen (Schwäbisch Hall). Dass der zum Teil als altmodisch angesehenen Genossenschaftsgedanke keineswegs tot ist, sondern im Gegenteil zukunftsweisend sein kann, beweist der 2005 gegründete genossenschaftliche Dorfladen in Gottwollshausen, der inzwischen schon auf fünf erfolgreiche Geschäftsjahre zurückblicken kann. Im August 2007 wurde ein zweites Ladengeschäft nach dem gleichen Konzept eröffnet.

Ziel der Läden ist, die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln durch ein ausreichendes Angebot an frischen Backwaren, Obst, Gemüse, Molkereiprodukten und sonstigen Lebensmitteln zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

Dorfläden sind eine ausbaufähige Chance, um Lebensqualität in die Teilorte zurückzubringen.

Mehr Informationen im Internet unter: www.unsere-dorflaeden.de



Straßenbeleuchtung:

100 Millionen Euro Einsparpotenzial für Kommunen

Die Kommunen in Deutschland müssen in den kommenden Jahren einen großen Teil ihrer Straßenbeleuchtung modernisieren. Setzen sie dabei auf stromsparende neue Leuchtmittel und Beleuchtungskonzepte, kann sich die Modernisierung sogar mehr als auszahlen: Wie eine aktuelle Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) ergab, lassen sich auf diese Weise nämlich bundesweit gut und gerne mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr sparen.

Die von PwC für die Studie insgesamt befragten 341 Städte und Gemeinden betreiben rund 1,6 Millionen Straßenlaternen, deutschlandweit gibt es schätzungsweise neun Millionen kommunale Leuchten (Straßenlaternen, Wandlampen und andere). Allein für Strom geben die befragten Kommunen je Straßenlaterne im Mittel rund 55 Euro jährlich aus. Allerdings ist die Streuung erheblich: Während in den 25 % der Kommunen mit dem niedrigsten Energieverbrauch nicht mehr als 280 Kilowattstunden (kWh) je Laterne und Jahr anfallen, benötigen die 25 % am oberen Ende der Skala zwischen 400 kWh bis über 600 kWh. Würden alle befragten Kommunen einen mittelfristig realisierbaren Good-Practice-Wert von 270 kWh erreichen, ergäbe sich allein beim Strom ein Einsparvolumen von rund 22 Millionen Euro oder rund 20 % pro Jahr. Am sparsamsten wären Beleuchtungen mit sogenannten Leuchtdioden (LEDs). Für Beleuchtungszwecke ausreichend leistungsfähige LEDs sind allerdings noch relativ neuartige Leuchtmittel und entsprechend teuer in der Anschaffung. Das ist nach Meinung von Gerrit Birkemeyer, PwC-Experte für kommunale Energieversorgung und Straßenbeleuchtung derzeit noch ein Hindernis für den Einsatz.

Der Hürther Leasingexperte Guido Mumm, Geschäftsführer der AKIS-GmbH einem Partnerunternehmen der Deutschen Leasing AG (DL) weist aber darauf hin, dass solche Investitionen periodengerecht über Leasing darstellbar sind. „Gemeinsam mit der DL, die als Leasinggesellschaft der Sparkassen ja auch Mitglied der kommunalen Familie ist, haben wir für solche Investitionen maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte entwickelt. Dadurch könnten auch eher klamme Kommunen eine komplette oder teilweise Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik und damit Stromkostenreduzierungen von 30 bis 50 % je Laterne realisieren, so Mumm. Die erfassten Gesamtkosten je Leuchte belaufen sich laut Studie im Mittel auf 92 Euro pro Jahr. In dieser Summe sind neben dem Energieverbrauch auch die Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung enthalten. Aller-

dings machte nur knapp jede zehnte befragte Kommune Angaben über Abschreibungen und Kapitalkosten. Würden diese in die Berechnung einbezogen, stiegen die Gesamtkosten nach Meinung der PwC-Experten im Durchschnitt um schätzungsweise 30 %. Um einen Straßenkilometer zu beleuchten, geben die befragten Kommunen im Mittel zwischen 2100 Euro pro Jahr (Landstadt mit weniger als 5000 Einwohnern) und 3600 Euro (Großstadt) aus.

Doch auch der Vergleich zwischen Städten gleicher Größenklasse zeigt deutliche Unterschiede. So schwanken die Gesamtkosten je Straßenkilometer in den 21 analysierten Großstädten zwischen 3200 Euro und 4800 Euro. Die erheblichen Kostenunterschiede je Straßenkilometer sind nicht nur auf Faktoren wie Anzahl und Art der aufgestellten Straßenlaternen oder die jeweils gezahlten Strompreise zurückzuführen, sondern auch auf das Beleuchtungsmanagement der Kommunen. „Niedrige Gesamtkosten sprechen nicht zwingend für eine intelligente Straßenbeleuchtung. Viele Städte und Gemeinden schalten Laternen einfach aus und lassen ganze Straßenzüge im Dunkeln“, kritisiert Birkemeyer.

Von dieser Komplettabschaltung mache immerhin jede vierte Kommune Gebrauch. Gut 30 % der befragten Kommunen schalten in einigen Straßen nur jede zweite Laterne ein, eine unter Verkehrsexperten wegen des Entstehens von Dunkelfeldern besonders umstrittene Maßnahme. Allerdings setzen die meisten Kommunen – zumindest ergänzend – auf flexiblere Energiesparmethoden. Knapp 80 % verwenden Dämmerungsschalter, 55 % schalten zweilampige Leuchten auf einlampigen Betrieb um. Erst sehr wenige Kommunen nutzen innovative Technologien wie Bewegungsmelder (drei der 341 Kommunen) oder die Einschaltung per Anruf (vier Kommunen). Für eine Modernisierung der Straßenbeleuchtung sprechen jedoch nicht nur wirtschaftliche Gründe. Viele Laternen haben bei einem Durchschnittsalter von 21 Jahren auch das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht. Zudem schafft die Ökodesign-Richtlinie der EU vielerorts Handlungsdruck: Ab 2015 dürfen viele ineffiziente Leuchtmittel nicht mehr hergestellt werden. Betroffen sind unter anderem die Quecksilberdampf-Hochdruckleuchten, von denen in den befragten Kommunen noch rund 450.000 Exemplare im Einsatz sind. Gut 60 % (199 Kommunen) planen derzeit den Austausch der betroffenen Leuchten, wobei die Erneuerung bei 112 Befragten erst nach dem Jahr 2015 abgeschlossen sein soll. (Mittelstands-Wiki, 21.12.2010)

Hierzu sei auch noch einmal auf den Beitrag zum Contracting-Modell in der Dezember-Ausgabe des PUNKT (Seite 10) verwiesen.

FREIE WÄHLER bauen Einfluss in der Region Hannover aus

ah. Die FREIEN WÄHLER bündeln die Kräfte der parteifreien kommunalpolitischen Gruppierungen zur Wahl der Regionsversammlung Hannover. Diese Nachricht wurde auf dem Neujahresempfang der FREIEN WÄHLER Niedersachsen am Sonnabend in Ronnenberg bei Hannover mit großem Beifall aufgenommen.

Die FREIEN WÄHLER verstehen sich als Dachverband der Wählergemeinschaften in Niedersachsen und bemühen sich im Vorfeld der Kommunalwahlen im September, in den Landkreisen die verschiedenen unabhängigen Gruppierungen zu gemeinsamen Kreistaglisten zu bündeln. Dazu passend kündigte Dirk Salzmann, Vorsitzender des BürgerForums in der Regionsversammlung Hannover, in seinem Grußwort die gemeinsame Kandidatur von BürgerForum, FREIEN WÄHLERN und anderen Wählergemeinschaften zur Wahl der Regionsversammlung an.



Im Mittelpunkt des Empfangs, zu dem der Ronnenberger FREIE-WÄHLER-Ratsherr Torsten Jung die mehr als 60 Gäste begrüßt hatte, stand eine Ansprache des Bundesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER, Hubert Aiwanger. Aiwanger, auch Chef der bayerischen Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER, forderte alle politischen Kräfte auf, das gesellschaftliche Engagement der Bürger zu fördern. Das Leitbild der FREIEN WÄHLER sei die Bürgergesellschaft mit einer politischen Kultur der Transparenz und der direkten Demokratie. Der dominierende Einfluss der Parteien auf Staat, Gesellschaft und Medien müsse zurückgedrängt werden. Aiwanger forderte ein Verbot von Konzernspenden an Parteien und einen Abbau des Lobbyismus.

FREIE-WÄHLER-Landesvorsitzende Arno Ulrichs (Landkreis Aurich) kündigte in seinem Schlusswort an, dass die FREIEN WÄHLER das erste Quartal nutzen wollen, um verstärkt parteifreie und engagierte Bürgerinnen und Bürger als Kandidaten für die kommunalen Vertretungen zu gewinnen. „Bürgerinnen und Bürger sind keineswegs politikverdrossen, sondern wollen sich einmischen. Unsere Listen geben ihnen die Möglichkeit zum Engagement für ihre Stadt oder Gemeinde ohne Parteibindung und Fraktionszwang.“



Landesvorsitzender Arno Ulrichs, Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner, Ratsherr der FW-Ronnenberg Torsten Jung, Fraktionsvorsitzender Bürgerforum in der Region Dirk Salzmann, Vorsitzender der UWG Barsinghausen und stv. Landesvorsitzender Markus Neugebauer, Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger (v.l.n.r.)

Trends in der demografischen Entwicklung in Deutschland

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist gekennzeichnet durch das Zusammenwirken drei tendenziell für unumkehrbar gehaltene Entwicklungen:

Niedrige Geburtenrate und wachsende Kinderlosigkeit

In Deutschland liegt gegenwärtig die Geburtenziffer pro Frau bei knapp unter 1,4, was bedeutet, dass jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln ersetzt wird. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich am Ende der Skala. In Deutschland gehen die niedrigen Geburtenraten außerdem einher mit einer wachsenden Kinderlosigkeit.

Zunahme der Lebenserwartung

Die Entwicklung hin zu einem immer längeren Leben ist vor allem Ausdruck und Ergebnis des medizinisch-technischen Fortschritts und der besseren gesundheitlichen Versorgung, verbunden mit allgemeinen Verbesserungen in den Lebensbedingungen einschließlich eines veränderten Gesundheitsbewusstseins bei weiten Teilen der Bevölkerung. So liegt z.B. für einen 60jährigen Mann die fernere Lebenserwartung heute bei etwa 19 Jahren und für eine 60jährige Frau bei über 23 Jahren. Für die Zukunft wird noch eine deutliche Steigerung erwartet.

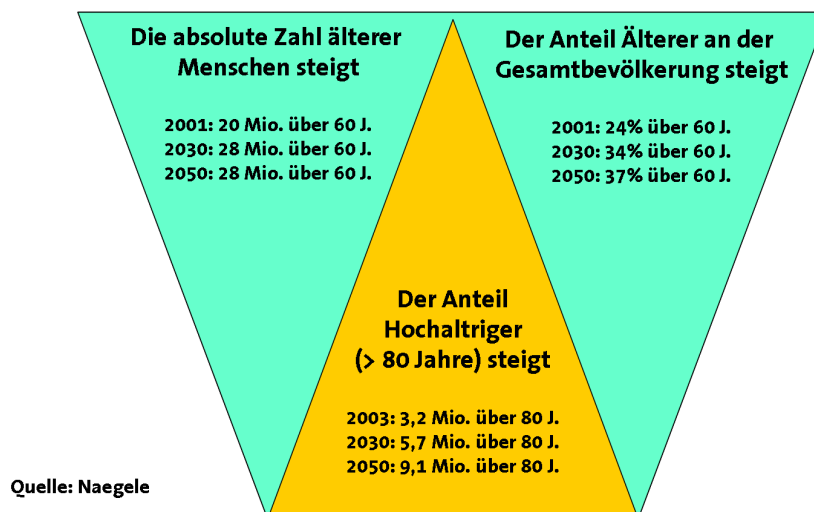
Wanderungen und „Altern in der Fremde“

Die dritte „treibende Kraft“ der demografischen Entwicklung ist die auch zukünftig als hoch angenommene Zuwanderung. Es ist zu beachten, dass schon bald mit einer erheblichen Zunahme von Älteren mit Migrationshintergrund, vor allem aus der sog. Gastarbeitergeneration, zu rechnen ist.

Insgesamt führt diese Entwicklung zu dem, was wir heute „dreifaches Altern der Gesellschaft“ nennen:

1. Es nehmen die Absolutzahlen älterer Menschen zu.
2. Dies gilt ebenfalls für ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung.
3. Kommt es darüber hinaus zu einer weiteren Zunahme der Zahl und des Anteils sehr alter Menschen. Dies ist an den besonders hohen Zuwachsraten bei den 80jährigen und älteren Menschen zu erkennen.

„Dreifaches Altern“ der Bevölkerung



Fazit: Insgesamt erhält im Verlaufe der Altersaufbau der Bevölkerung ein deutlich verändertes Gesicht. Bis zum Jahre 2050 wird sich dann die Form der umgekehrten Pyramide durchgesetzt haben und die am stärksten besetzten Altersjahrgänge werden dann um die 60 bzw. 85 Jahre alt sein. Trotz prognostizierter weiterer Zuwanderung zu meist jüngerer Menschen wird insbesondere für die Zeit nach 2025/30 eine sinkende Gesamtbevölkerung erwartet. Die rückläufige Gesamtbevölkerung allein ist noch kein „Problem“, denn auch für Deutschland gibt es keine optimale Bevölkerungsgröße, höchstens so etwas wie eine ausgewogene Bevölkerungszusammensetzung.

Zuschüsse für Kurzzeitpflege gestrichen

Schwarz-Gelb spart wieder auf Kosten der Alten, Armen und Schwachen

Kurzzeitpflege wird teuer. Das Land Niedersachsen hat um Januar den Landeszuschuss für Kurzzeitpflege gestrichen, sofern sie nicht in Spezialeinrichtungen erfolge. Das Land will auf diesem Weg 6 Millionen Euro einsparen. Einsparungen, die wieder auf dem Rücken der Alten, Armen und Schwachen ausgetragen werden, so Renate Bitz, stellvertretende Landesvorsitzende der FREIEN WÄHLER Niedersachsen. Dass in ganz Niedersachsen nur 22 Spezialeinrichtungen mit 309 Plätzen existieren, verschweigt die Landesregierung, merkt Arno Ulrichs, Landesvorsitzender der FREIEN WÄHLER Niedersachsen, an. Und dass diese Plätze in vielen Fällen nicht einmal wohnortnah angeboten werden, hat zur Folge, dass Pflegebedürftige von ihren Familien abgeschnitten wären und den Angehörigen mitunter weite Fahrstrecken zugemutet werden.

Insofern setzt die Landesregierung auf einen anderen Aspekt: Pflegebedürftige werden wie bisher in ein Heim gehen, das alles aber selbst bezahlen. Bis zu 28 Tage kann die Kurzzeitpflege in Anspruch genommen werden. Der nun gestrichene Landeszuschuss von ca. 15,70 pro Tag bedeutet eine finanzielle Mehrbelastung von rund 440 Euro. Wer kann sich das, außer den finanziell besser gestellten überhaupt noch leisten? Was passiert mit den anderen? Sie werden die Kurzzeitpflege unter Umständen nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie sie bräuchten. Und das wiederum bedeutet weitere Einschnitte für die Angehörigen, die ihre bisherigen Tagesabläufe umstellen und so lange schufteten, bis sie die Kurzzeitpflege selbst in Anspruch nehmen müssen.

Insgesamt bedeutet die Streichung eine deutliche Verschlechterung der Pflegesituation in Niedersachsen, verantwortlich dafür die schwarz-gelbe Landesregierung, die billigend in Kauf nimmt, dass, dass die Bürger, das Pflegepersonal und die Seniorenheime, für die diese Regelung übrigens völlig überraschend kommt, die unausgegorene Politik der Landesregierung schon richten werden.

Und so erwarten auch die Kommunen eine deutliche Mehrbelastung ihrer Sozialausgaben, denn wer die Kurzzeitpflege dringend braucht, sie aber nicht bezahlen kann, wird sich an die Sozialämter der Städte und Gemeinden wenden.

Arno Ulrichs, Landesvorsitzender der FREIEN WÄHLER Niedersachsen meint: „Wieder einmal sind Alte, Arme und Schwache, die keine Lobby haben, Opfer dieser Landesregierung geworden. Das ist menschenunwürdig, sozial kalt und ein schlechtes Beispiel bürgerbezogener Politik.“

FREIE WÄHLER Niedersachsen

Pressemitteilung vom 21.01.2011



Wahlkampfauftakt in Hamburg



Wahlkampf-
auftaktveranstaltung der
Landesvereinigung
FREIE WÄHLER Hamburg

FREIE WÄHLER Hamburg:
„Wir machen die Wege frei“

Foto v. l. n. r.: BGF Cordula Breitenfellner, BV Hubert Aiwanger, Ira Gettinger, Spitzenkandidat Wolf Achim Wiegand und

(Hamburg) An der Wahlkampf-Auftaktveranstaltung „FREIE WÄHLER Hamburg machen die Wege frei“ vor dem Elisabeth Alten- und Pflegeheim in Eimsbüttel nahmen am gestrigen Montag neben dem Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Februar 2011 Wolf Achim Wiegand und weiteren Aspiranten auch der Bundesvorsitzende der FREIEN WÄHLER Hubert Aiwanger und die Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner teil.



Foto v. l. n. r.: BV Hubert Aiwanger und die BGF Cordula Breitenfellner

In Hamburg existiert derzeit nicht nur ein winterliches Schneechaos, sondern vor allem ein Politikchaos mit dem die FREIEN WÄHLER Hamburg mit einer bürgernahen, nachhaltigen und sachbezogenen Politik aufräumen wollen.